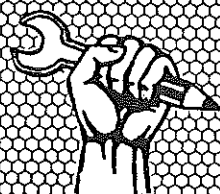


Kämpft



für eine

sozialistische



Bildungspolitik

Eine

VORAN

Artikelsammlung

- die gemeinsamen Ursachen von Arbeitslosigkeit und Bildungsabbau müssen erklärt werden, dann unterstützen auch Arbeiter und Gewerkschaften den Kampf der Schüler;

- die Bewegung muß möglichst verallgemeinert werden und auch andere von Kürzungen Betroffene einbeziehen (z.B. Studenten);

- die Bewegung darf nicht bei reinen Abwehrforderungen („Weg mit . . .“) stehenbleiben, sondern muß auch positive Ziele formulieren (z.B. volle Ausbildungsförderung), dies hat mobilisierende Wirkung;

- die Bewegung darf sich nicht als „unpolitisch“ verstehen, sondern muß politische Angriffe auch politisch zurück schlagen und sich zur Unterstützung vor allem an die Basis der Arbeiterorganisationen wenden.

Auch in Frankreich, wo einige Schüler in der Führung der Bewegung wert auf ihre parteipolitische Neutralität legten, wurde die Verschärfung der Studienbedingungen letztlich deshalb verhindert, weil die größte Gewerkschaft CGT mit einem Generalstreik gedroht hatte und das „Gespenst“ des

Mai 68 vor der Tür stand.

Demokratisches Bildungswesen

Die Frage nach den positiven Zielen einer breiten Protestbewegung stellt auch die Frage nach der Schule der Zukunft. Sicher würden viele zustimmen, daß die Schule das Grundwissen unserer Zeit vermitteln, die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen, demokratische Entscheidungsprozesse einüben, zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit nach individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen dienen soll. Aber ist eine solche Schule zu erreichen in einer kapitalistischen Umwelt, die ganz andere Erfordernisse an die Schulabgänger stellt? Nein, eine demokratische, sozialistische Schule als Insel im Kapitalismus ist undenkbar. Solange die Wirtschaft von wenigen kontrolliert wird, haben die Herrschenden immer wieder die Möglichkeit, auf das Bildungswesen in ihrem Sinn einzuwirken. Sei es über ihren direkten Einfluß auf die berufliche Bildung, über Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel, was Folgen in der

Schule hat oder über ihre politische Macht als Folge ihrer wirtschaftlichen Macht (Einfluß auf Gesetzgebung und staatliches Handeln); ganz zu schweigen von den fehlenden Finanzen für Lehrereinstellung, Lernmittelfreiheit, Ganztagschulen, kleinere Klassen, kostenloser Schülertransport in öffentlichen Verkehrsmitteln usw., weit andere Schwerpunkte gelegt werden: Rüstung, Umverteilung zugunsten der Reichen usw. . . .

Das bedeutet nicht, daß man gegen die Macht der Herrschenden nichts tun kann und sich mit der Bildungsmisere abfinden muß. Natürlich muß der Kampf gegen weitere Verschlechterungen im Bildungswesen und für möglichst viele Reformen geführt werden. Es bedeutet aber, daß dieser Kampf politisch, gegen die kapitalistischen Interessen geführt werden muß, wenn er erfolgreich sein will. Der Kampf für ein demokratisches Bildungswesen ist eng verknüpft mit dem Kampf für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Gegen Elitebildung - für Chancengleichheit

Das hohe Ziel der „Chancengleichheit“ im Bildungswesen ist der gezielten Kahlschlagpolitik der CDU/CSU-Regierung gewichen und erreichte jetzt mit der geplanten Abi-Deform einen neuen Höhepunkt. Schon im ersten Jahr ihrer Regierung ging das bürgerliche Kabinett daran, den ersten Schlag auszuführen: Die Streichung des Schülerbafög sowie die Umwandlung des Studentenbafög in Darlehen.

Akademische Bildung soll wieder zu einem Privileg einer begüterten Minderheit werden, obwohl ohnehin trotz Bildungsreform der Anteil von Arbeiterkindern an Gymnasien und Unis nie wesentlich mehr als 10% erreichte. Über 180.000 Familien waren von diesem „Streichkonzert“ betroffen, das hatte in Einzelfällen eine Einnahmehminderung von 30% zur Folge. Durch die Streichung des Schülerbafög wurden übrigens 400 Mio. DM gespart. Für Rüstung wurden 1986 75 Mrd. DM (75.000.000.000) ausgegeben.

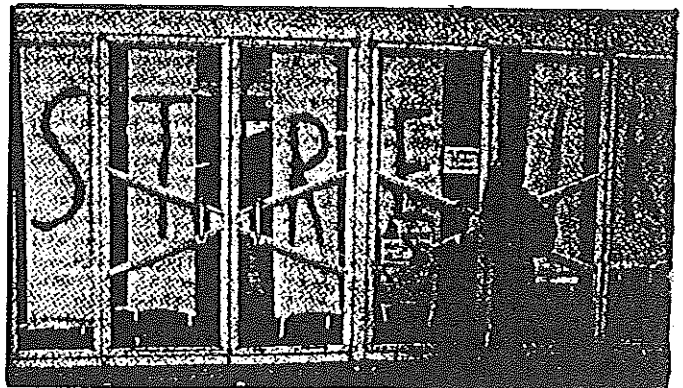
Neben der finanziellen Hürde wird der Konkurrenzdruck und der Leistungsdruck in der Oberstufe weiter verschärft. Der Wahlfreiheit zwischen einzelnen Fächern, also der Möglichkeit, individuelle Fähigkeiten weiterzuentwickeln und zu nutzen, soll durch

die Abi-Deform der endgültige Todesstoß versetzt werden. Es ist besonders beschämend, daß ausgerechnet der SPD-Kultusminister Schwier aus NRW hier 1982 eine Art „Vorreiterrolle“ gespielt hat.

Seit Jahren bejammern die Rechten die sogenannte Krise im bundesdeutschen Bildungswesen, das schlechte Bildungsniveau der Schüler, besonders die „Studierunfähigkeit der Abiturienten“. Diese Bildungsmisere, die unterstellte Verweigerungshaltung der Ju-

gend wird von ihnen sogar als Erklärung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen herangezogen. Die 241.000 Jugendlichen, die keine Ausbildungsstellen gefunden haben, sind also selber schuld!

Tatsächlich ist es nicht mehr tragbar, daß trotz „Lehrerschwemme“ die durchschnittliche Klassenstärke bei 30,5 Schülern liegt, daß z.B. an Berufsschulen bis zu 50% des Unterrichts ausfällt, daß die technische Ausstattung völlig unzureichend ist! Statt die



Grundlage für eine ausreichende Bildung zu legen, d.h. unter anderem Klassenstärken von maximal 15 Schülern, sinnvolle Ausstattung der Schulen usw., wird im Bildungsbereich weiter gekürzt. Schulen werden geschlossen, der zweite Bildungsweg soll völlig verschwinden, besonders die Kollegschulen in NRW stehen auf Platz 1 der Abschlusliste.

Bildung im Kapitalismus heißt nicht, jedem die für ihn beste Ausbildung zu garantieren. Wie die CDU/CSU so richtig bemerkt (Zitat aus Schwarzbuch Bildung): „Die berufliche Bildung hat einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten.“ Was die konkreten Pläne sind, so gibt das Papier „Gesellschaft von morgen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einige Anhaltspunkte. Angestrebt sind 2% Elite, 18% Akademiker, 64% mittlerer und unterer Abschluß und 15% ohne Schulabschluß.

Den Beginn zur Ausbildung einer Masse Teilqualifizierter haben wir auch schon: Allein 1985 wurden 398.100 Jugendliche in teilqualifizierenden Maßnahmen ausgebildet. So erklärt sich auch eines der Hauptziele der Abi-Deform, nämlich den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich aufzuwerten.

Die Bildungsmisere hört nicht mit der Schulentlassung auf: Wer trotz Konkurrenz und Leistungsdruck ein Abitur gebaut hat, dem stehen längst nicht alle Türen offen. Nicht jeder hat das Geld für ein Studium. Die Universitäten sind außerdem überfüllt. Fol-

lich weichen viele Abiturienten auf Lehrberufe aus. Wegen des Lehrstellenmangels verdrängen sie dort die Real- und Hauptschüler. Nach letzten Umfragen wollen nur noch 48% der Gymnasiasten studieren.

In allen Bundesländern haben die Regierungen zum Angriff auf das Bildungswesen geblasen. Einstmals mühsam erkämpfte Fortschritte werden Stück für Stück wieder abgebaut. Die Bildungsreform, früher das Prunkstück des SPD-Programms der „großen inneren Reformen“ ist nie wirklich angepackt worden. Ein Kernstück der Reformpläne war die Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und

allgemeiner Bildung (Duales Schulsystem). Davon spricht heute niemand mehr.

Bildungsinhalte, Ausbildungsbedingungen und Bildungseinrichtungen orientieren sich nicht an den Bedürfnissen und Interessen der lernenden Jugend und der arbeitenden Bevölkerung. Das erfahren wir als Betroffene tagtäglich am eigenen Leibe.

Aufgabe der SPD – insbesondere der Jungsozialisten – sollte es sein, für folgende Forderungen zu kämpfen und ihre Durchsetzung in SPD-regierten Ländern zu erreichen:

Forderungen:

- ▶ Weg mit der Abi-Deform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Interesse der Arbeiterjugend
- ▶ Keine Kürzungen, sondern eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben
- ▶ Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer
- ▶ Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 Schüler
- ▶ Für eine bessere materielle und technische Ausstattung der Schulen
- ▶ Volle Lernmittelfreiheit im gesamten Bildungswesen
- ▶ Angemessene Ausbildungsförderung von 1.000,- DM netto ohne Darlehensanteil für alle Studenten und Schüler nach den Pflichtschuljahren
- ▶ Kostenloser Schülertransport in öffentlichen Verkehrsmittel
- ▶ Berufspraktika zu Tariflohn und mit vollen gewerkschaftlichen Rechten
- ▶ Für die integrierte Gesamtschule als Regelschule
- ▶ Keine Trennung zwischen berufs- und allgemeinbildenden Schulen
- ▶ Berufsausbildung raus aus Unternehmerhand. Für überbetriebliche Ausbildungsstätten unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften, Auszubildenden und Staat, finanziert durch eine Berufsausbildungsabgabe der Unternehmer
- ▶ Jederzeitige Möglichkeit zu kostenloser Weiterbildung für alle jungen Arbeiter bei voller Lohnfortzahlung
- ▶ Kein Abbau, sondern Ausbau des zweiten Bildungsweges
- ▶ Ausbau der Hochschulen. Weg mit jedem Numerus Clausus. Gegen Personalabbau und Studiengebühren

Kampf um eine bessere Zukunft

Schülerstreiks in ganz Europa

Die Unternehmerpresse schwieg wieder einmal. Kein Wort über Schülerstreiks in Dänemark, Griechenland, Italien, Holland oder Großbritannien. Nicht einmal ein Wort über Schulbesetzungen in der BRD. Kein Wunder, daß man von vielen Leuten hört, wie passiv und uninteressiert die heutige Jugend doch wäre. Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

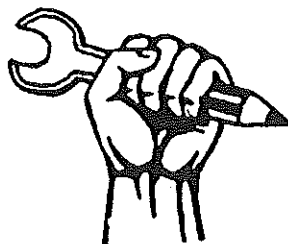
In Großbritannien streikten im April letzten Jahres 250.000 Schüler gegen das von der Regierung geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Jugendliche, die zwangsweise zwei Jahre ohne gewerkschaftliche Rechte als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt werden sollen.

Doch das war nicht der einzige Grund, gleichzeitig demonstrierten sie gegen die Lehrerentlassungen und die Schulschließungen.

Aus ähnlichen Gründen streikten auch 70.000 Schüler und Schülerinnen in Italien.

Die Schüler warfen der Regierung vor, durch

ihre Sparpolitik den Bildungssektor auszubluten. Schlecht ausgestattete Schulen, mangelnde Hygiene, Lehrermangel und veralteter Unterricht sind die Folge dieser Sparpolitik.



Dazu kommt die Angst vor der Zukunft und drohende Arbeitslosigkeit.

Gesamtschule

Genug Lehrer gibt es, um auch das Problem Unterrichtsausfall (20% bei Berufsschulen) zu lösen. Die meisten Schüler besitzen nicht einmal einen eigenen Klassenraum, aus Platzmangel müssen sie von einem Raum zum anderen ziehen.

Wo ist die so oft ausgerufenen Chancengleichheit? Der Anteil von Arbeiterkindern an den Gymnasien machte 1981 10% aus. Die Beförderungsmöglichkeiten machen es vielen Eltern unmöglich, ihre Kinder auf das Gymnasium zu schicken. Seit Jahren wird von Lehrern, Eltern, Schülern und Gewerkschaften die Abschaffung des „Drei-Klassen-Schulsystems“ gefordert. Die Einteilung in Haupt-, Realschule und Gymnasium verhindert die Förderung jedes Schülers nach seinen Fähigkeiten. Die Folge ist eine Spaltung der

Schüler.

Immer mehr Lehrer finden keinen Arbeitsplatz, Schulen werden geschlossen, Lehrbücher und technische Hilfsmittel für die naturwissenschaftlichen Fächer sind veraltet bzw. fehlen ganz.

Wir brauchen Gesamtschulen, um auf jeden Schüler individuell einzugehen, Vorurteile abzubauen und eine ordentliche Schulbildung zu ermöglichen.

Leider reicht eine höhere Schulbildung nicht aus für eine gesicherte Zukunft. Viele Abiturienten fangen deshalb eine Lehre an und verdrängen damit die Haupt- und Berufsschüler. Bildungsinhalte, Ausbildungsbedingungen und Bildungseinrichtungen richten sich nicht

nach den Interessen der lernenden Jugend und der arbeitenden Bevölkerung, sondern allein nach den Anforderungen des Kapitals. Das bedeutet in Zeiten der Krise Kürzungen im Bildungsbereich. Das mangelnde Mitbestimmungsrecht der Schüler soll sie schon früh an die Machtverhältnisse in den Betrieben gewöhnen. Wir Schüler müssen gleiche Ausbildungschancen, Mitspracherecht, Überarbeitung der Lehrinhalte und -methoden durchsetzen. Wir wollen das lernen, was für uns richtig ist und nicht das, was dem Kapital paßt. Durch stupides Auswendiglernen sollen wir für das Arbeitsleben abgestumpft werden.

Um Bildung für alle zu ermöglichen, brauchen wir den sofortigen Kürzungsstopp. Mehr Bildungsausgaben heißt mehr Lehrer, um eine Klasse auf maximal 15 Schüler zu begrenzen und besseres Lernen zu garantieren. Allen Schulen muß ein bestimmter Betrag zukommen, mit dem wir uns ausstatten können, also technische Geräte und Lehrmittel anschaffen zu können, soweit sie benötigen. Wir verlangen die Abschaffung des Drei-Klassen-Systems, das Vorurteile produziert und auf einen Konkurrenzkampf hinausläuft.

Wir brauchen ein Schulsystem, in dem wir unsere Fähigkeiten frei entfalten können: Die integrierte Gesamtschule ohne Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen. Lernen ohne Angst vor schlechten Noten bedeutet Abschaffung der Prüfungen und Zensuren. Damit jeder die Chance zu Abitur und Studium hat,

fordern wir ein angemessenes Balog von 1000 DM monatlich netto ohne Darlehensanteil.

Es muß auch der arbeitenden Bevölkerung erlaubt sein, sich weiterzubilden. Kein Abbau, sondern ein Ausbau des zweiten Bildungsweges ist nötig! Jeder soll das Recht zum Studieren genießen. Diese Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir gemeinsam mit den Arbeitern gegen das Kapital kämpfen. In Griechenland und Dänemark unter-

wendig. In Großbritannien wird unter der Leitung der britischen Jusos gerade eine solche Gewerkschaft aufgebaut.

Die Politisierung der Schüler ist auch hier gewachsen. Die Jusos müßten bundesweit eine Schülerkampagne starten und mehr politische Aufklärungsarbeit an den Schulen leisten. Die Schüler sind ansprechbar, man muß nur auf sie zugehen und klare Perspektiven aufzeigen. Denn mehr denn je suchen



Überall wehren sich Schüler gegen eine Verschlechterung ihrer Situation — hier in Mølland.

stützten die Schüler die dort stattfindenden Generalstreiks gegen die Sparmaßnahmen. Sie sehen genau, daß sie morgen diejenigen sein werden, die auf den Plätzen der heutigen Arbeiter stehen werden.

Schülerstreik in Bremerhaven

In Bremerhaven haben wir an unserer Schule mit 200 Leuten mehrere Unterrichtsstunden bestreikt und so die Protestkundgebungen des DGB gegen die Änderung des § 116 AFG unterstützt. Mir hat das gezeigt daß die Schüler ganz klar sehen, daß die Angriffe auf die Arbeiter auch Angriffe auf sie sind. Die Schülervertretungen aus dem ganzen Land könnten durch eine bessere Organisation für die Mobilisierung von noch viel mehr Schulen sorgen. Die Bildung einer Schülergewerkschaft wäre not-

wendig. In Großbritannien wird unter

der Leitung der britischen Jusos gerade eine solche Gewerkschaft aufgebaut. Die Politisierung der Schüler ist auch hier gewachsen. Die Jusos müßten bundesweit eine Schülerkampagne starten und mehr politische Aufklärungsarbeit an den Schulen leisten. Die Schüler sind ansprechbar, man muß nur auf sie zugehen und klare Perspektiven aufzeigen. Denn mehr denn je suchen

Die Jugendlichen Perspektiven. Der Wahlkampf im Herbst bietet eine gute Gelegenheit für Jusos, sich den Schulen zuzuwenden, sich dort gut zu verankern und auf der Grundlage klarer Forderungen eine aktive Schülerarbeit im Verband aufzubauen. Mit politischer und organisatorischer Unterstützung der Jusos müßte es auch hier möglich sein, eine echte Interessenvertretung der Schüler, eine Schülergewerkschaft, aufzubauen, die eng mit dem DGB zusammenarbeiten sollte. Die Probleme in der Bildungspolitik lassen sich nicht isoliert von der Änderung des Gesellschaftssystems lösen. Der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Schülern für den Sozialismus ist der einzige Ausweg für alle.

Undine Otto, Bremerhaven

Sprecherin der Juso-Schüler- und Azubi-Gruppe

Europas

Jugend muckt auf!



Für Bildung und Arbeit

Der erfolgreiche Streik der spanischen Jugend war mit dem französischen Studentenprotest der vorläufige Höhepunkt von Schüler- und Studentenstreikbewegungen der letzten zwei Jahre in Europa. Seit 1984 gab es Schülerstreiks in Großbritannien, Irland und Italien. In Belgien ging 1985 aus Schülerstreiks die Gründung einer Schülergewerkschaft hervor, ebenso wie aus dem ersten spanischen Schülerstreik vor über einem Jahr. Über Griechenland rollte in den letzten Monaten eine Streikwelle in Schulen und Fabriken. Auch in Mexiko streikten hundertausend Studenten gegen Zulassungsbeschränkungen zur Universität.

In vielen Ländern Europas revoltiert die Jugend gegen Kürzungen im Bildungsbereich, schlechte Berufs- und Lebensperspektiven. Und gekürzt wird überall — egal ob bürgerliche oder linke Regierungen im Amt sind.

Die Jugend ist Barometer für Unruhe und Unzufriedenheit in der Gesellschaft. In diesem Sinne sind auch die Studentenproteste in der Sowjetunion und China zu verstehen, die sich dort vor allem gegen den erstickenden Druck einer diktatorischen Bürokratie richten.

In Spanien streikten von Dezember bis Februar bis zu 2,5 Millionen Schüler. Ihre Unruhe war auch ein Signal für die Arbeiter. Dies ist kein Wunder bei der unsozialen Kürzungspolitik der Regierung. Jeder zweite Schulabgänger in Spanien weiß schon heute, daß er keinen Arbeitsplatz finden wird. So beträgt die offizielle Arbeitslosenquote 22% (3 Millionen), und bei 16- bis 24jährigen liegt sie sogar bei 45%. Deshalb war auch die Zulassungsverweigerung von Studienanfängern, welche die Aufnahmeprüfungen zu den Unis geschafft hatten, der Punkt, an dem sich die Bewegung entzündete.

1982 wurde die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) an die

grund fortschrittlicher Versprechen mit einer absoluten Mehrheit in die Regierung gewählt. Doch die zu Anfang gemachten winzigen Reformen waren nicht mehr als ein Tropfen auf eine glühende Herdplatte. Statt der versprochenen 800.000 neuen Arbeitsplätze wurden allein in den ersten drei Regierungsjahren fast eine Million Arbeitsplätze vernichtet. Ohne große Begeisterung wurde die PSOE mangels konsequenter sozialistischer Alternative im Sommer 1986 wiedergewählt. Danach legte sie bei der Spar- und Kürzungspolitik in provozierender Selbstgefälligkeit eine noch härtere Gangart an den Tag. Als Gipfel der Widerwärtigkeiten kann man die Streichung des Arbeitslosengeldes für die saisonalen Landarbeiter in Südwestspanien bezeichnen.

Inzwischen hegen laut Umfragen 74% aller spanischen Jugendlichen keine Hoffnung mehr in den Kapitalismus. Eine spontane Schülerbewe-



Die Jugend will und muß für ihre Zukunft kämpfen. Sie braucht eine klare sozialistische Politik.

gung hätte trotz dieser Fakten nie diese Ausmaße und Ausdauer erreichen können. Das war nur dank der hervorragenden Organisation der Schülergewerkschaft SEEM möglich, die von der marxistischen Tendenz um die Zeitung „Nuevo Claridad“ (Neue Klarheit) vor über einem Jahr gegründet wurde. Unter der marxistischen Führung orientierte sich die SEEM von Anfang an an den beiden großen Gewerkschaftsbündnissen UGT (der PSOE nahestehend) und CCOO (der KP nahestehend).

Als auch verschiedene Teile der Gewerkschaftsbewegung, vor allem die CCOO, und die Landarbeiter in den Streik traten, gab die Regierung

nach. Bildungsminister Maravall, der selbst im Mai 1968 in Frankreich eine aktive Rolle gespielt hatte, mußte enorme Zugeständnisse machen (siehe Interview Seite 3).

Lehren für die BRD

Die Kultusministerkonferenz plant jetzt in der BRD, den Zugang für Arbeiterkinder durch die weitere Deformierung der „reformierten Oberstufe“ zu erschweren. Von ihr wird nach den schrittweisen Verschlechterungen seit 1978 nichts mehr übrig bleiben. 1983 hatte die Kohlregierung das Studentenbafög

in Darlehen umgewandelt und das Schülerbafög ganz abgeschafft. Nach Untersuchungen des DGB geht der Anteil der Arbeiterkinder auf der Oberstufe und in den Unis zurück. Bayern und Baden-Württemberg drohen mit Zulassungsbeschränkungen für ihre Unis. Dagegen ist jetzt Widerstand nötig.

Die Jusos können, wenn sie sich die Lehren der internationalen Schülerstreiks zu eigen machen, das organisierende Zentrum einer noch nie dagewesenen Schülerstreikbewegung werden. Dafür ist aber eine schon jetzt beginnende Mobilisierung nötig.

Frank Habermann, Schüler, Köln
stellv. AG-Vorsitzender
Rodenkirchen-West

**Exklusiv-
Interview**

**Juan Ignacio Ramos, Vorsitzender
der spanischen Schülergewerkschaft:**

**„Wir haben die Gesellschaft
aufgerüttelt“**



Die spanische Schülergewerkschaft „Sindicato de Estudiantes“ ist zu einer wichtigen politischen Kraft in Spanien geworden.

Was sind die Ergebnisse Eures Kampfes?

Die Regierung hat uns weitgehende Zugeständnisse machen müssen:

- Abschaffung des Schulgelds in allen weiterführenden Schulen
- Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr
- Kapazitätserweiterung an weiterführenden Schulen um 77.000 neue Plätze
- Abschaffung der Studiengebühren für alle Studenten aus Familien mit mindestens zwei Kindern und einem Nettojahreseinkommen unter 1,7 Millionen Pesetas (ca. 25.000,- DM) auf Basis von 14 Monatslöhnen

- Ausbildungsförderung für Studenten aus Familien mit mindestens 2 Kindern und einem Jahreseinkommen unter 1,44 Mio. Pts. (ca. 21.600,- DM)
 - Schaffung von 50.000 neuen überbetrieblichen Ausbildungsplätzen und Praktikantenstellen mit Ausbildungsvergütung; Kontrolle der Sicherheits- und Hygienevorschriften unter Einbeziehung der SEEM
 - Stärkere Vertretung der Schüler bei den Schulkonferenzen
 - wesentliche Abschwächung der Zulassungsbeschränkungen zu den Hochschulen.
- Darüberhinaus hat der Erziehungs-

minister in einem Erlaß alle Schulbehörden angewiesen, keinerlei Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne im Streik führende Schüler vorzunehmen.

Ihr habt den Kampf bewußt auch auf die Arbeiterklasse hin orientiert. Was waren hierbei Eure Erfahrungen?

Die Probleme der Schüler sind im Grunde auch die Probleme der Arbeiter. Denn die gleiche Regierung will zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten. Die Wirtschaftspolitik der Regierung dient nur den Bankiers und Privilegierten.

Die beiden großen Gewerkschaftsverbände UGT und CCOO haben uns mit Räumen, Telefonanschlüssen und Geld unterstützt. Betriebsräte und Hafenarbeiter haben für uns gesammelt. Auf hunderten von Belegschaftsversammlungen konnten Schüler über unsere Forderungen und Erfahrungen berichten. Am 11. Februar haben im ganzen Land Schüler und Arbeiter gemeinsam demonstriert. Auf der Straße hört man jetzt oft die Arbeiter sagen: Die Schüler haben gezeigt, wie man kämpfen kann. Machen wir es ihnen nach ...

Wie seid Ihr mit faschistischen Provokationen fertig geworden?

Bei den ersten Demonstrationen

gab es Verletzte, weil wir auf faschistische Übergriffe nicht genug gefaßt waren. Dann bauten wir aber schnell einen Ordnerdienst von 2.500 Jugendlichen auf, die mit Stöcken bewaffnet waren und heldenhaft den Erfolg unserer Demonstrationen absicherten.

Hattet Ihr auch Probleme mit Spaltungsversuchen von Sektierern?

Es gab Leute, die den Kampf nur auf Verzweiflungstaten wie Straßenblockaden, Schlägereien mit der Polizei, Steinwürfen auf das Ministerium und Hungerstreiks orientieren wollten. Wir haben dem eine politische und ernsthafte Orientierung auf die organisierte Arbeiterbewegung entgegengesetzt. Tausende von Infotischen in Arbeitervierteln, auf Wochenmärkten und vor Betrieben waren durchschlagender als Keilereien mit der Polizei und sinnlose Sachbeschädigungen. Unsere Ideen haben die ganze Gesellschaft aufgerüttelt.

Hat der Kampf auch innerhalb der PSOE Auswirkungen gehabt?

Ja, er schlug in der Partei wie eine Bombe ein, weil außer uns Marxisten niemand einen solchen Kampf vorausgesehen hatte. Ehrliche linke Mitglieder haben sich von der Regierungspolitik distanziert, einzelne Funktionsträger sind sogar aus Pro-

test ausgetreten. Die Basis der Jungsozialisten unterstützte unseren Kampf.

Jetzt ist in Spanien nichts mehr wie es war. Bei der Parlamentsdebat-

te über die Lage der Nation wurde unser Kampf ständig erwähnt. Die SEEM ist zu einer Kraft geworden, mit der man in Spanien rechnen muß.



Juan Ignacio Ramos mit Marcelino Camacho, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes CCOO, an der Spitze des Demonstrationenzuges vom 23. Februar 1987 in Madrid

Was wir von der spanischen Schülerbewegung lernen können

Die Rundreise von Soledad Gonzalez Ruano, Kassiererin im Bundesvorstand der spanischen Schüler- und Studentengewerkschaft SE, stieß bei vielen Arbeitern und Jugendlichen auf



Soledad Ruano, Vorstandsmitglied der spanischen Schülergewerkschaft

sehr großes Interesse. Die Rundreise, die von der Redaktion VORAN organisiert wurde, verlief über 10 Tage. In dieser Zeit sprach Soledad auf 15 Veranstaltungen, gab Interviews für Lokalzeitungen, beteiligte sich an Info-Ständen von Jungsozialisten oder Gewerkschaftern.

Die Rundreise begann im Rhein-Main-Gebiet. Auf vier Veranstaltungen fanden vor allem Diskussionen mit deutschen Schülern statt, die sich gegen die geplante Abi-Deform wehren wollen.

Wie kämpften die spanischen Schüler?

Soledad legte in ihren Referaten besonderen Wert darauf, daß die SE die Schüler auf der Grundlage eines offensiven Programms, das sich besonders auf die Arbeiterklasse orientierte, mobilisierte: Bafög bzw. kein Schulgeld, Null-Tarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln für Bafög-Empfänger, Verbesserungen für Berufsschüler u.v.m. „Die SE hat sich weiter von Anfang an auf die organisierte Arbeiterbewegung orientiert. Sie wandte sich wegen Un-

terstützung an Belegschaften vieler Betriebe, suchte Unterstützung bei den großen Gewerkschaftsverbänden UGT und CCOO. Und damit hatten wir Erfolg. Letztendlich hat diese Orientierung unseren Sieg gesichert.“ Soledad erklärte, daß große Kämpfe nicht gleichzusetzen sind mit Verschleiß und Verzettelung in den Aktionen: „Es ist gerade wichtig, alle, die in Bewegung gekommen sind, auf einen Punkt hin zu mobilisieren. Bei uns hieß dies Mobilisierung auf fünf Generalstreiks bei immer größerer Beteiligung und als Höhepunkt unser Marsch auf Madrid, dem sich Delegierte eines CCOO-Kongresses anschlossen.“

Großes Interesse bei deutschen Schülern

Anwesende Schüler zogen immer wieder den Vergleich zur Bundesrepublik. Sie wollen jetzt versuchen, die deutschen Schülervertretungen vor allem auch auf die Methoden des Kampfes hinzuweisen. Viele der Anwesenden zeigten weiteres Interesse an Juso-Arbeit und wollen demnächst auch Juso-Versammlungen besuchen, um gemeinsam das weitere Vorgehen gegen

die Abi-Deform zu besprechen.

Auch in Nordrhein-Westfalen waren die Veranstaltungen sehr erfolgreich. Soledad sprach auf Veranstaltungen von Bezirksschülervertretungen, Juso-Schülergruppen und auf VORAN-Lesertreffen. Zu der Veranstaltung der Juso-Schülergruppe Aachen kamen auch spanische Schüler, die hier in der BRD das spanische Abitur machen und von den Kürzungen der Gonzalez-Regierung ebenfalls betroffen sind. Sie wollen mit der Schülergruppe in Kontakt bleiben.

Veranstaltungen fanden bis dahin statt in einer Gesamtschule in Essen (Veranstalter: SVs und VORAN) und in Mönchengladbach (Veranstalter: Bezirksschülervertretung). Auch in Köln sprach Soledad auf einer Veranstaltung der Bezirksschülervertretung, im Anschluß daran besuchte sie ein VORAN-Lesertreffen.

Streik der Studenten in Göttingen

Beim letzten Teil der Tour (Kassel, Göttingen, Hamburg) ragten vor allem die 2 Tage in Göttingen heraus. In die-

sen Tagen streikte die Studentenschaft aktiv gegen die Pläne der Albrecht-Regierung, bei Überschreiten der Studienhöchstdauer Gebühren von 500 DM pro Semester zu bezahlen. Die Proteste gelten auch den Sparabsichten der Landesregierung. Die Streikfront an der Göttinger Universität steht am besten von allen niedersächsischen Städten. Soledads Grußwort vor über 2000 Studenten auf einer Vollversammlung wurde mit großem Applaus aufgenommen. Viele Studenten sagten, daß gerade die Erfolge der spanischen Schülerbewegung ihnen den Antriebs zum Kämpfen hier gegeben haben.

Bei der Veranstaltung der Göttinger Jusos ging die Diskussion vor allem darum, wie der Protest weiter organisiert und vor allem ausgeweitet werden sollte. Hier zeigte sich, daß Studentenvertreter, die schon seit vielen Jahren Uni-Arbeit machen, oft pessimistisch auftraten, kein Vertrauen in ihre Mitstudenten haben und es deshalb nicht wagen, Kämpfe auszuweiten. Gerade jüngere Jusos waren es, die auch versuchten, Lehren aus Soledads Ausführungen zu ziehen.

In Kassel diskutierten vor allem junge Gewerkschafter und Schüler über die Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam von der Jugendinitiative für die 35-Stundenwoche" des DGB und vom Stadtschülerrat getragen.

Bei allen Veranstaltungen war im Ansatz zu sehen: Eine neue Generation an Schulen und Unis wird politisch aktiv, die sich als Teil der Arbeiterklasse versteht, offensiv kämpfen und auf die Pessimisten nicht mehr so recht hören will.

Auf der Tour wurden auch Solidaritätsspenden für die SE gesammelt. Die vorläufig besten Ergebnisse: Kronenberg bei Frankfurt: 240 DM, Aachen: 290 DM, VORAN-Lesertreffen Köln: 265 DM, Göttingen: 280 DM. Besonders hervorzuheben ist, daß Hamburger VORAN-Unterstützer auf einem Lesertreffen und während einer Hochschulbesetzung, wo Soledad auch sprechen konnte, insgesamt 500 DM sammelten. Diese Ergebnisse zeigen die Ernsthaftigkeit der Jugendlichen, zu denen Soledad sprach.

Schüler bekämpfen arbeiterfeindliche CDU-Politik

Arbeiter und Schüler in der Bundesrepublik wehren sich gegen die konservative Politik. Sie haben die Nase voll von sozialem Kahlschlag, von Arbeitsplatzabbau im Stahlbereich und anderen Branchen. Sie protestieren gegen eine Bildungspolitik zugunsten der Kinder der Reichen.

Nach der Wahlniederlage der SPD — für die die SPD-Führung verantwortlich ist — wollen die Konservativen nun verstärkt zum Angriff auf die Mehrheit der Bevölkerung übergehen. Die CDU-Kultusminister haben der Kultusministerkonferenz (KMK) ein „Reform“-Papier vorgelegt, das besonders Kindern aus Arbeiterfamilien den Zugang zum Abitur und zur Uni noch weiter erschweren soll. Geplant sind die Einführung von

„D-Zug-Klassen“, mit denen schon nach der 12. Klasse das Abitur gemacht werden kann, und die Einschränkung der Fächerwahl in der Oberstufe. Proteste und Demonstrationen von Schülern haben schon dazu geführt, daß die KMK die Beschlußfassung über das Papier verschoben hat und z.B. der niedersächsischen Kultusminister Oschatz seinen Hut nehmen mußte.

Tatsächlich liefert diese geplante Schul-„Deform“ einen schlagenden

Beweis dafür, wie sehr die CDU/FDP-Politik nach den Wünschen des Kapitals ausgerichtet ist:

1. Weniger Selbstbestimmung und Freiheit in der Fächerwahl und statt dessen mehr Konkurrenzdruck sollen die Schüler auf das spätere Berufsleben vorbereiten. Zuviel Demokratie während der Schulzeit könnte zu hohe Erwartungen wecken; außerdem ist ein kritischer, politisch bewußter Arbeiter schon immer unerwünscht gewesen. Uns sollte dringend klar werden, daß das kapitalistische Bildungswesen uns das Erlernen unserer Traumberufe unmöglich macht. Es soll genau so viele funktionstüchtige Arbeitskräfte erzeugen, wie gerade benötigt werden, um ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten.

2. Gerade in Krisenzeiten wollen die Kapitalisten nicht mehr in Bildung investieren als unbedingt nötig, denn das würde nur ihre Profite unnützlich schmälern. Eben deshalb

hatte die CDU/CSU/FDP-Koalition nach ihrem Regierungsantritt nichts Eiligeres zu tun, als das Studentenbafög auf Darlehensbasis zu stellen und das Schülerbafög ersatzlos zu streichen. Genau das trifft über die Arbeiterkinder am härtesten, deren Abiturientenanteil entsprechend gesunken ist. Doch nicht genug damit. Neben der endgültigen Umfunktionierung der OS zur Auslesemaschinerie sind sogar schon Schulschließungen im Gespräch. Als ob es nicht schon genug arbeitslose Lehrer gäbe.

- Dagegen fordern wir:
- Rücknahme der geplanten „Reformen“
 - angemessenes Bafög für Schüler und Studenten nach den Pflichtschuljahren (1000 DM netto, ohne Darlehensanteil),
 - Einstellung aller arbeitslosen Lehrer und Reduzierung der Klassen auf maximal 20 Schüler, mehr Mitbe-



Auf vielen Kundgebungen wurden die Parallelen zu den Schüler- und Studentenbewegungen in Spanien und Frankreich gezogen. Bild oben: Schülerdemo in Düsseldorf.

- stimmung der Schüler bei Lehrinhalten und -methoden,
 - Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule ohne Trennung von allgemeinen und berufsbildenden Schulen.
- Geert Moebius, Schüler, Göttingen
Jungsozialist

Schülerstreiks gegen CDU-Bildungspolitik

Für echte Reformen im Bildungswesen

Bremerhaven

Am Dienstag, dem 31. März, haben wir in Bremerhaven einen Schülerstreik durchgeführt. Dieser Proteststreik richtete sich gegen die von den CDU-Kultusministern geplante Rückreformierung des Abiturs.

Wir wollten mit unserer Aktion unseren städtischen Bildungsverantwortlichen - Bremerhaven ist SPD-regiert - Feuer unter dem Hintern machen, damit sie konsequenter gegen die CDU/CDU-Pläne kämpfen.

Gegen diese Pläne setzen wir Schüler unsere Forderungen:

- Wiedereinführung des Schüler-BaföGs
- Ausbau der Gesamtschule
- verstärktes Wahlangebot
- und wegen der katastrophalen Sparpolitik im Land Bremen vor allen Dingen:
- Aufhebung des Einstellungsstopps für Lehrer.

Die Demonstration war mit rund 600 Schülern recht gut besucht, wobei zu meiner Überraschung viele Schüler aus unteren Jahrgängen da waren, die das Ganze erst in einigen Jahren betrifft. Die Stimmung war

gut und recht kämpferisch. Eine Jungsozialistin hielt eine Rede für die städtische Schülervertretung. Wir VORAN-Unterstützer konnten unsere Zeitung und unsere Broschüren gut verkaufen und sorgten für die Verbreitung revolutionärer Ideen in der Schülerbewegung. Besonders wiesen wir auf die Erfolge der spanischen Schülerbewegung hin und erklärten, daß eine solche Massenbewegung auch hier möglich sei.

Gunnar Böltes, Bremerhaven
Vorsitzender Juso-Schülergruppe

Köln

Die SVen der Kölner Schulen erfuhren erst am 10.3.87 von der Landeschülervertretung (SV) NRW, daß eine Abi-Deform der CDU/CSU-Länder geplant wird. Ich berief sofort für die große Pause eine SV-Sitzung ein. Wir beschlossen, ein SV-Flugblatt herauszugeben. Wir informierten unsere Mitschüler darüber, was die CDU-Kultis vorhaben und daß wir am kommenden Mittwoch eine Vollversammlung des 9.-12. Jahrgangs abhalten.

Am Freitag, den 20.3. erhielten wir die Einladung für eine Sonderkonferenz der Bezirks-SV. Auf der verabredeten wir mit einigen anderen Kölner Schulen einen Streik für den 2. April. Am Mittwoch dann die Vollversammlung. Dort hielten Boris (Schülersprecher) und ich (stellv. Schülersprecher) unsere Reden, mit der wir die Schüler über die Abi-Deform informierten. Als wir den Kollegen/innen erzählten, daß am 2. April an einigen Schulen gestreikt wird, beschlossen sie fast einstimmig mitzustricken. Desweiteren mobilisierten wir zur landesweiten Demo am 30.3. in Düsseldorf. Die Schüler sollten dafür nur 2 DM Fahrtkostenbeteiligung bezahlen. Den Rest sammelten wir bei Eltern und Lehrern. Der Elternpflegschaftsvorsitzende verfaßte dazu einen Elternbrief.

Für die Demo meldeten sich 180 von ca. 400 angesprochenen Schülern. 150 führen tatsächlich mit. Ein Kunstkurs erstellte Transparente. Die Demo an sich war nicht besonders gut organisiert. Bei der Auftaktkundgebung, an der über 6000 Schüler teilnahmen (die LSV hatte

ursprünglich mit 150 gerechnet), wurde nur durch Megaphone gesprochen.

Am 2. April dann der Streik: Wir hatten ein Programm für den Tag ausgearbeitet, das mit einer Podiumsdiskussion zwischen dem Bezirksschülersprecher Arne Birkenstock und dem Junge-Union-Vorsitzenden Rodenkirchen begann. Dabei machten die Schüler ihrem ganzen Unmut über die CDU Luft, der weit über die Abi-Deform hinausging. Die Diskussion wurde einmal für ein Grußwort der GEW-Betriebsgruppe unserer Schule unterbrochen. Dann marschierten wir mit über 200 Mann (alles Schüler des 9.-12. Jahrgangs) zum nächstgelegenen Gymnasium. Die Schüler sind dort von ihrer SV überhaupt nicht informiert worden mit der Begründung, wen die Neuregelung des Abis interessiert, kann dies aus der Presse erfahren.

Anschließend marschierten wir zu unserer Schule zurück und machten alternativen Unterricht. In erster Linie wurde über das Thema Schülerrechte gesprochen. Auf unserer selbstgemachte Zeitung hin meldeten sich 14 Schüler, die an der Zeitung mitarbeiten wollen. Außerdem hatte sich eine Delegation aus dem nächstgelegenen Großbetrieb angekündigt, die uns allerdings leider verpaßte. Wir hatten uns an die Arbeiter dort gewandt, den Betrieb ein paarmal besucht und Unterstützung erhalten (Megaphon usw.).

Am 13. Mai soll an allen Kölner Schulen gestreikt werden mit anschließender Massenkundgebung, um den Herrschenden zu demonstrieren, daß die Schüler nicht die Fußballle ihrer Interessen sind.

Frank Habermann
Stellv. Schülersprecher
ISG Rodenkirchen

Stuttgarter Jungsozialisten leiten Schülerproteste

Da bei uns in Stuttgart die stadtweite Schülervertretung eingeschlafen ist, beschlossen aktive Jusos einen Schüleraktionsausschuß aufzubauen. Durch Flugblätter mobilisiert, erschienen prompt 70 Schüler. Bei einer weiteren Veranstaltung waren 30 Schulen vertreten.

Obwohl sich die Arbeit vor allem gegen die Abi-Deform richtete, die hier in Baden-Württemberg großteils '83 schon durchgeführt wurde, betonten wir immer den Zusammenhang zwischen den Angriffen auf das Bildungswesen und der wirtschaftlichen Lage der BRD. Finanzielle und

Hamburg

Am 1. April folgten über 20.000 Schüler - einige gar aus Schleswig-Holstein - dem Aufruf der „kommunistisch eingefärbten“ Schülerkammer (Flugblatt der Schülerunion) zum Schulstreik - dem ersten seit Jahren. Man traf sich mittags vor der Schulbehörde, um gegen die Abi-Deform-Pläne der CDU zu protestieren und um den SPD-Schulsenator Grotte aufzufordern, bei der Kultusministerkonferenz am 2./3.4. in Saarbrücken gegen diese Pläne zu stimmen. Später zogen noch ca. 10.000 Leuten zum CDU-Büro (natürlich in Alsternähe), wo eine Karre Mist abgeladen wurde und einige Anarcho-Leute, die zum erstenmal bei einer Demo waren, mit Eierwürfen auf Bullen und Büro die Leute versreckten.

Die CDU strebt eine Elitebildung an. Arbeiterkinder würden es also wieder schwerer haben, denn wer soll die Nachhilfestunden bezahlen? Die Schulen sind im Kapitalismus

nicht dazu da, um allen eine umfassende Bildung zu vermitteln, sondern um die Nachfrage der Kapitalisten nach qualifizierten Arbeitskräften zu stillen! Gibt es ein Überangebot, errichtet man Hindernisse, um Geld zu sparen. Die Arbeit wird immer mehr zu entfremdeter Arbeit; da reicht es, einige Handgriffe zu beherrschen. Folge: Haupt- und Realschulen werden immer dürftiger ausgestattet. Es wurde leider versäumt, deren Schüler - von Arbeitslosigkeit bedroht - in den Kampf miteinzubeziehen. Die spanische Schülerbewegung siegte nur, weil sie ein Programm für alle anbot und die Unterstützung der Gewerkschaften suchte. Auch dies geschah bisher nicht. Der nächste Aktionstag soll der 11.6. sein; Dann tagt die Kultusministerkonferenz in Hamburg. Aber warum eine 2 1/2-monatige Pause einlegen, warum ist der nächste Aktionstag kurz vor den Sommerferien? Die Bewegung kann sich dann doch kaum noch ausweiten...

Dirk Möller, Hamburg Schüler



Schülerdemos gegen Elite-Ausbildung zu Lasten von Arbeiterkindern

Mayer-Vorfelder hatte noch öffentlich behauptet, die Schüler in Baden-Württemberg seien mit dem schon deformierten Abi zufrieden. Doch die größte Schülerdemo Baden-Württembergs in diesem Jahrzehnt hat ihm gezeigt, daß er mit uns nicht machen kann, was das Kapital will.

Gegen einen unserer Genossen, den Schüler Daniel, verhängte der Direktor einen befristeten Ausschuß von der Schule wegen seiner Aktivitäten für den Schulstreik. SV'en, Juso-Schülergruppen usw. sollten Protestschreiben gegen diese Maßregelung richten an:

Direktor Hermann, Schickhardt-Realschule, Schickhardtstr. 30, 7000 Stuttgart 1 (Durchschlag an: Blum, Heustiegstr. 96L., 7000 Stuttgart 1)

materielle Hilfen erhielten wir von zahlreichen Gewerkschaften, z.B. von der IGM und selbstverständlich von der mitbetroffenen GEW.

Nach einer mageren Veranstaltung der inoffiziellen Landesschülervertretung mit ca. 400 Teilnehmern (nur in Bayern und Baden-Württemberg ist die Landes-SV nicht gesetzlich verankert) rechneten wir mit etwa 500 streikenden Schülern. Total überraschend zeigten am 11.6. auf den Aufruf unseres Aktionsausschusses hin 3000 Schüler (Polizei: 3500) in Stuttgart, was sie von Kultusminister Mayer-Vorfelder halten.

Strategievorschläge zur Weiterführung eines breiten, demokratisch organisierten Kampfes für Bildungsreform statt Abi-Deform

auf Schulebene

- regelmäßige Pausen- bzw. Vollversammlungen an der Schule, notfalls auch ohne Zustimmung der Schulleitung oder außerhalb der Schule
- regelmäßige volle Berichterstattung über den Stand der Auseinandersetzungen und Diskussion der nächsten Schritte
- Wahl eines Aktionskomitees durch die Vollversammlung zur Unterstützung der SV, die rechtlich stärker eingeschränkt ist, und zur Ausweitung der Zahl verantwortlich mitarbeitender Aktiver
- Mobilisierung für örtliche und überörtliche Streiks und Aktionen - aktiver Streik, also nicht einfach schulfrei, sondern öffentliche Kundgebungen (sind wirksamer als Sitzstreiks und Verbarrikadierung in der Schule)
- Entsendung von Schülerdelegationen in die Betriebe der Umgebung, um Unterstützung von Betriebsräten und Vertrauensleuten zu erhalten
- Entsendung von Schülerdelegationen in Fußgängerzonen, auf Wochenmärkte und öffentliche Plätze im Stadtteil (mit Flugblättern, Plakaten, Sammeldosen, u.ä.) um die Forderungen zu erklären und Geld zu sammeln
- Einbeziehung der Elternpflegschaften und der Lehrer in den Kampf; soweit möglich

auf Stadt- bzw. Kreisebene

- umfassende Information aller Schüler über die Abi-Deform, über Ursache, Zusammenhänge und Folgen; Diskussion und Erarbeitung von Forderungen
- zentrale Koordination der Aufklärungskampagne durch die SV auf Stadt-/Kreisebene, weil einzelne SVen an Schulen oft überfordert sind, z.B. Erstellung eines zentralen Massenflugblatts mit grundlegenden Informationen und Forderungen für alle Schulen und für die Öffentlichkeit
- zentrale öffentliche Informationsveranstaltungen und örtliche Kundgebungen oder Aktionen in jeder Stadt
- Koordination des Informationsflusses durch regelmäßige Schülerkonferenzen mit Delegierten aus allen Schulen und einen örtlichen SV-Infodienst, Erarbeitung von Aktionsvorschlägen für die Landes- und Bundes-SVen
- Einbeziehung der Haupt- und Realschulen sowie der Berufsschulen
- Einbeziehung der Studenten (Asten) am Ort
- Orientierung auf den DGB (besonders GEW), möglichst enge Zusammenarbeit anstreben
- Kontaktaufnahme zu den Betriebsräten und Vertrauensleuten der größeren Betriebe mit der Bitte um ideelle und materielle Unterstützung (Räume, Megaphon, Geld, Kundgebungsredner, u.ä.)

auf Landes- und Bundesebene

- Erstellung von zentralem Informationsmaterial und Zusammenfassung der Forderungen der Basis, Herausgabe von Kampagnematerial (Buttons, Aufkleber, Poster)
- Kampf für die Anerkennung der Bundes-SV und für finanzielle Mittel
- Organisation von landesweiten Streiktagen durch die Landes-SVen, Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Kultusministern
- Vorstöße der Bundes-SV zum Wiederaufbau von Landes-SVen in Baden-Württemberg und Bayern, direkte Kontaktaufnahme zu dortigen Schulen oder Schülerinitiativen
- Organisation einer zentralen Demonstration, Belagerung der Hauptstadt oder der Stadt, wo KMK stattfindet zur Zusammenfassung aller regionalen Kämpfe.

Die Jungsozialisten können eine führende Rolle in der Protestbewegung spielen, wenn sie sich aktiv auf allen Ebenen des Kampfes einschalten und beteiligen. Dies ist besonders in solchen Orten nötig, wo es keine aktive SV oder keine Strukturen der Schülervertretung gibt.



Ich möchte
VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Einsenden an: YORAN, Hansaring 4, 3900 Kötze 1

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelle Exemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

Pucka Essen, BLZ 340 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: YORAN, Hansaring 4, 5 Kötze 1